

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158.

Sonnabend, den 10. Juli 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Nationalliberalen

werden mit Hochdruck von den Freunden des Ausnahmegesetzes bearbeitet. Wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ mittheilen, hat der Vorstand der nordwestlichen Gruppe des „Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller“ am Montag in Düsseldorf eine Besprechung abgehalten, die zu dem einstimmig ausgesprochenen Verlangen führte, daß das Gesetz in der ihm von der Mehrheit des Herrenhauses gegebenen Fassung von dem Hause der Abgeordneten angenommen werden möchte. Dabei wurde, wie das genannte Blatt hinzusetzt, von den Anwesenden der Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß diese Ansicht in bezug auf das Vereinsgesetz nicht nur von der Eisen- und Stahl-Industrie, sondern auch von der übergroßen Mehrheit der Rheinisch-Westfälischen Großbetriebe der anderen Industrien getheilt werde. Ganz bestimmt konnte der anwesende Vorsitzende des „Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund“ versichern, daß der gesammte Kohlenbergbau das Verlangen nach Annahme des Vereinsgesetzes, das jetzt als ein wesentlich abgeschwächtes Sozialistengesetz zu bezeichnen sei, theile.“

Die „Berl. Pol. Nachr.“ geben alsdann auch in längerer Ausführung die Gründe an, welche die Großindustriellen zu ihrer Stellungnahme bewogen hätten. Aus dieser Begründung ist nur zweierlei interessant, einmal das offene Bekenntniß, daß die Herren das neue Sozialistengesetz nicht nur gegen die politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, sondern gegen jede gewerkschaftliche, das Kapital bekämpfende Arbeiter-Bewegung angewendet wissen wollen. Ferner ist bemerkenswerth die Hoffnung der Herren, daß, wenn Preußen ein solches Sozialistengesetz hat, dann auch die anderen Bundesstaaten ihre schon bestehende schärfere Gesetzgebung zur rechten Bedeutung bringen möchten.

Der Artikel der „Berliner Politischen Nachrichten“ schließt also:

„Aus allen diesen Gründen ging das dringende Verlangen nach Annahme des Gesetzes hervor und die Hoffnung, daß diese Gründe und dies Verlangen im Hause der Abgeordneten nicht unbeachtet bleiben möchten.“

So haben denn die um Stumm und Bued mobil gemacht. So sollen die nationalliberalen Landtagsabgeordneten mitre gemacht werden. Ein halbes Duzend nationalliberale Stimmen ist das ganze Kampfziel.

Die Situation für die Herren Nationalliberalen wird recht ungemüthlich werden. Wohin sich wenden? Das Knebelgesetz annehmen, dem unangenehmen Neck einen Triumph gewähren, die Konservativen stützen und zu weiteren reaktionären Vorstößen ermutigen, eine unübersehbare Aera der Junkerei und Muckerei heraufbeschwören — oder das Knebelgesetz zu Fall bringen, die eingewurzelten Unterdrückungsgelüste ablegen, der Arbeiterbewegung einigermaßen freie Entfaltung gönnen — das ist die Frage!

Auch die konservative Presse beginnt mit vermehrtem Druck zu arbeiten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Bismarck-Kardorff-Blatt, ziehen alle Register von fanstler Verleumdung bis zur pathetischen Einschüchterung. Freilich Neues wissen sie den Nationalliberalen nicht zu sagen. Sie erinnern daran, daß Dennigsen sich 1878 für Verschärfung des Vereinsgesetzes ausgesprochen habe, worauf ihnen die Nationalliberalen prompt erwidern dürften, daß die Konservativen auf Livoli 1892 eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie zurückgewiesen haben.

Weiter wiederholen die „Berl. N. Nachr.“ das abgestandene Gewäsch von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie, die keineswegs milder geworden sei, Andererseits soll garnicht zu verstehen sein, warum man jetzt fortwährend von „Reaktion“ rede. „Was ist überhaupt Reaktion?“ fragt das Blatt und beantwortet seine Frage wie folgt:

„Ein Schlagwort, unter dem man sich alles Mögliche denken kann, bei dem aber der deutsche Philister, aus dem die große Mehrheit sich rekrutirt, sich ungefähr soviel denkt, wie die wirklichen Kinder beim „Knecht Rupprecht“ oder beim „Schwarzen Mann.“ Von „Reaktion“ konnte man allenfalls in den fünfziger Jahren sprechen, als es eine starke und einflussreiche Partei gab, die das konstitutionelle Verfassungsleben betämpfte und rückläufig zu machen suchte. Den letzten derartigen Versuch hat kein

geringerer als — Fürst Bismarck im August 1866 glänzend und erfolgreich abgewehrt; seitdem kann von einer „Reaktion“ in Preußen gar keine Rede mehr sein. Am allerwenigsten, wenn es sich um ein Vereinsgesetz handelt, wie es in „liberal“ regierten deutschen Staaten anstandslos besteht, nachdem es von liberalen Kammermehrheiten gutgeheißen worden und seitdem von liberalen Regierungen jeden Tag im vollen Umfange zur Anwendung gebracht wird.“

Man weiß man es genau. Reaktion giebt es nicht in Preußen-Deutschland. Reaktion ist nicht zu befürchten. Haben aber nicht die „Berliner Neuesten Nachrichten“ tags zuvor selbst die reaktionären Bestrebungen auf dem Gebiete des Postwesens zurückweisen müssen? Haben sie sich da selbst durch den „Schwarzen Mann“ graulich machen lassen?

Reaktion giebt es nicht — es ist losbar! Wir haben keine Agrarier, welche das Volk noch weit mehr, als bisher schon, tributpflichtig machen wollen durch Beseitigung der Handelsverträge und Kanispläne, die die Industrie und alles Erwerbsleben durch Währungsversuche schädigen wollen. Wir haben keine Unterdrückungspolitiker, welche jede freie Bewegung der Volksseele unterbinden möchten und das „patriarchalische Regiment“ wieder heraufbeschwören möchten. Wir haben keine Bismarcker und Kardorffler, welche das Reichstagswahlrecht beschränken und entwerthen wollen. Das ist alles „Knecht Rupprecht“ für politische Kinder.

Etwas vernünftiger müßte man schon den Nationalliberalen zureden, wenn man sie zum Unfall überreden will und wenn sie nicht so schon unfallsbereit sind.

Nicht bis ans Herz sehen wir der Demonstration der rheinisch-westfälischen Industrieherrn, den weiteren Ueberschneidungen der Presse und endlich dem Entscheidungstag des 24. Juli entgegen!

Politische Handzettel.

Deutschland.

Zunehmend mehr der „neuen Männer“ erscheinen im politischen Kaleidoskop. Aus Berlin wird der „Frei. Btg.“ gemeldet, wie dort in unterrichteten Kreisen verlautet, sei der Willk. Geh. Oberregierungsrath Gamp für eine höhere Stelle in der Regierung in Aussicht genommen. Eine solche Ernennung würde ganz in das neue System passen. Herr Gamp ist extremer Agrarier, Bismarckist, schwärmt für weitestgehende Verschärfung der Börsengesetzgebung, für steuerliche Belastungen des Verkehrs jeder Art — er ist also ganz der Mann der Richtung, welche jetzt die herrschende werden soll oder eigentlich schon ist. Er gehört zur Zeit dem Reichstage als Vertreter des Wahlkreises 8, Marienwerder, an und ist Mitglied der Reichspartei und getreuer Knappe Stumms.

Das postalische Reaktionsprogramm der Junkerpartei. Bekanntlich hat die „Kreuztg.“ in dem von ihr veröffentlichten Programm und in weiteren Aeußerungen dazu Klage geführt, daß die Post ihre Ueberschüsse auf Kosten der Eisenbahnen erziele, und dadurch, daß diese in Preußen zumest Staatsbahnen geworden sind, den preussischen Staatsfiskus obendrein benachtheilige.

Die „Köln. Btg.“ erinnert daran, daß dieses Verhältniß seit 1883 gesetzlich besteht; es hat bei dem Uebergange der Eisenbahnen aus Privathänden in den Besitz des Staates in dem verminderten Kaufpreise seinen Ausdruck gefunden; zudem hat jede Verminderung der Ueberschüsse im Reich eine entsprechende Vermehrung der Matrikularumlagen zur Folge. Aus der linken in die rechte Tasche zahlen, hat aber bisher noch Niemand für eine Reform gehalten. Punkt zwei des Reformprogramms betrifft den Postzeitungstarif. Er ist zu Stephan's Beifügen bereits ausgearbeitet, man kann daher abwarten bis er vorliegt. Dann soll das Fünfpfennigpaquetporto reformirt werden. Die „Kreuzzeitung“ sieht dabei ediglich die großen Versandgeschäfte und den Versender, der mit solchen Paketen ganze Waggonladungen füllt. Im Handwörterbuch für Staatswissenschaftler befindet sich eine von dem gegenwärtigen Unterstaatssekretär Fischer geschriebene Abhandlung über das Postwesen, die sich über die wirtschaftliche Bedeutung des Fünfpfennigpaquetports also äußert:

„Begünstigt durch den Einheitstarif von 50 Pfg. für Pakete bis 5 Kg. ohne Unterschied der Entfernung hat sich durch den Päckereidienst der Reichspost für viele Ge-

werks- und Produktionszweige ein unmittelbarer Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten entwickelt, der früher durch Zwischenhändler in unnöthiger Weise erschwert und verteuert wurde; viele Gegenstände, die am Ort ihres Entstehens gar nicht oder nur zu geringem Preise verwertbar waren, können jetzt gegen billige Gebühren an Orte gelangen, wo sie einen weitläufigeren Werth haben, und bilden seitdem einen lohnenden Erwerbszweig für die Heimath, so z. B. die in den Wäldern von Masuren in großen Mengen wachsenden Morcheln, die dort ganz unverwerthbar sind, in Postpaketen aber an Orte gelangen, wo sie einem kulinarischen Bedürfnis entsprechen. In ähnlicher Weise erhöhen die in den Gewässern Westpreußens vorkommenden großen Krebse ihren Werth durch Postversand nach Paris, die Rücken der Lüneburgerischen Heidschnucken werden von den Feinschmeckern am Rhein und in den Niederlanden hoch bezahlt. Der Kleinpäckerverkehr der Post greift aber auch in die Produktion anregend ein, indem er den Versand von Rohstoffen für die Hausindustrien der Stickerei und Weberei, von Muster- und Probeendungen an Fabriken und dergleichen zu billigen Sätzen und unter Einhaltung der erforderlichen Beförderungsfristen ermöglicht.“

Ueber die Stellung des Zentrums zur neuen politischen Lage äußert die „Kölnische Volkszg.“: Wir wissen nur zu gut, daß diejenigen, die heute am lautesten gegen die Junker ins Horn stoßen und die Zentrumspartei zum Mistreiten einladen, bei erster Gelegenheit sich mit den Junkern gegen das Zentrum verbinden. Sollten aber die neuen und kommenden Männer, was wir für wahrscheinlich halten, etwas im Schilde führen, so werden wir es bei den Wahlen mit der Linken und keineswegs mit den Ostelbiern halten.

Die Stärke der Parteien im Reichstage. Nach dem neuesten Verzeichniß der Reichstagsmitglieder zählt (einschließlich der Hospitanten) die konservative Partei 57, die freikonservative 25, die deutsch-soziale Reformpartei 12, das Zentrum 101, die polnische Partei 20, die nationalliberale 50, die freisinnige Vereinigung 13, die freisinnige Volkspartei 27, die deutsche Volkspartei 12, die sozialdemokratische Partei 48, bei keiner Fraktion sind 31. Erledigt ist nur das bisher von dem konservativen jetzigen Oberkommandirenden der Post innegehabte Mandat

Eine Thronfolge entschieden. Aus Berlin, 7. Juli, meldet der Telegraph: „Wie wir erfahren, ist die Entscheidung des Schiedsgerichts über die Lippesche Thronfolgefrage zu Gunsten des Grafen Ernst zu Lippe-Biesterfeld unterzeichnet und wird morgen zugestellt werden.“

Die „Schaumburg-Lippesche Landeszeitung“ bringt eine damit übereinstimmende Mittheilung. In Berlin hatte man einen anderen Ausgang des Streites erwartet, einen Ausgang zu Gunsten des Fürsten von Schaumburg-Lippe, eines Schwagers des Kaisers.

Agrarische Stilprobe. In Koblenz hat am 4. Juli die Generalversammlung der „Rheinischen Bauernvereine“ stattgefunden, auf deren Tagesordnung sich auch die Frage der Errichtung von Getreidelagerhäusern befand. Aus den Debatten über diesen Gegenstand hebt der Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ die Ausführungen eines Guttschloßers Stasser-Kommersdorf hervor, der als größter Gegner der rheinischen Lagerhäuser die — Rhein-schiffahrt konkurrenz bezeichnete. So lange es möglich sei, vier bis fünf Schlepsschiffe mit Tausenden von Zentnern Getreide den Rhein hinaufzuführen, so lange könne an einen ernsthaften Widerstand der Landwirthe gegen die ausländische Konkurrenz nicht gedacht werden. Redner forderte daher eine stärkere Vertretung der agrarischen Interessen im Parlament. — Wollen die rheinischen Agrarier etwa die Rheinfrachtschiffahrt verbieten?

Die Religion — Privatsache. Rosegger, der tiefreligiöse österreichische Volkschriftsteller, schreibt im letzten Hefte des „Heimgarten“: „Heute wird das in manchen Kreisen verächtliche Schlagwort ausgegeben, die Religion sei Privatsache. Natürlich Privatsache. Was soll sie denn anders sein? Soll sie offiziell sein wie die Militärpflicht und das Steuerzahlen? Sie kann so wenig offiziell erzwungen werden wie etwa der Patriotismus oder der Geschmack oder die Ehe. Der Patriotismus kann öffentlich protegirt, der Geschmack in den Schulen

ausgebildet werden, das ändert nichts daran, daß sie Privatsachen sind. Die Ehe wird amtlich ertheilt, öffentlich anerkannt, deshalb hört sie nicht auf, Privatsache zu sein. Die Religion soll in der Schule gelehrt, im Leben geübt werden, trotzdem bleibt sie Privatsache, das heißt ureigenste Herzensangelegenheit einer Person. Und dort, wo sie das nicht ist, wo sie aus äußeren Gründen vorhanden ist, etwa aus angewohnten Herkommen, aus gesellschaftlichen Rücksichten, oder auch aus politischen Bestrebungen, da ist sie nicht mehr Religion, da ist sie nur noch eine infame Gotteslästerung. Religionsfreiheit ist deshalb nicht ein Mißachten der Religion, es ist ein Schutz derselben. Unser persönliches Verhältnis zu Gott ist gesetzlich geschützt, so wie ein Privateigentum geschützt ist. Niemand hat das Recht, uns die ursprüngliche, die angeborene oder unerbundene Religion gewaltsam aus dem Herzen zu reißen oder eine andere dahin zu verpflanzen. Niemand hat das Recht, unsere religiösen Gefühle öffentlich zu verletzen, so wenig wie unsere Ehre. Die Religion ist Privatsache, wie ein erworbenes Gut oder wie die persönliche Ehre, und ist wie diese gesetzlich geschützt. Was ist denn nun so Schlimmes daran, daß Religion Privatsache ist?"

Für die nächste Reichstagsession werden Berliner Nachrichten zufolge, zwei bereits seit Jahr und Tag erwartete Gesetzesentwürfe vorbereitet. Der eine betrifft die Regelung des Hypothekensystems, der andere den Schutz der Bauhandwerker gegen die Umtriebe der Bauhandwerker.

Die „Magdeburger Zeitung“ bemerkt dazu: „Es ist durchaus wünschenswert, daß die Beseitigung der auf diesen beiden Gebieten hervorgetretenen Mißstände endlich einmal mit Entschiedenheit in Angriff genommen wird.“

Das Hypothekensystem hat den Reichstag schon früher einmal, aber erfolglos, beschäftigt. Es wurde und wird auch jetzt wieder geltend gemacht, daß es diesem Bankwesen an der nötigen Einheit fehle. Die Rechte und Pflichten der Hypothekendarlehen seien in den verschiedenen Bundesstaaten durchaus ungleichmäßig geregelt worden. Eine Anzahl Regierungen haben den in ihren Staaten ansässigen Banken Rechte zugestanden, deren sich die Hypothekendarlehen anderer Bundesstaaten, namentlich die preussischen, nicht erfreuen.

Was den Schutz der Bauhandwerker anbelangt, so hat auch diese Frage bereits öfter im Reichstage zur Debatte gestanden. Besonders hat die Sozialdemokratie sich um das Zustandekommen diesbezüglicher gesetzlicher Bestimmungen bemüht, in denen auch die Interessen der Bauarbeiter gebührend berücksichtigt werden. Die Abgeordneten Frohne und Stadthagen machten in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch auf Grund einer Reihe von Anträgen den Versuch, die Frage bei dieser Gelegenheit befriedigend zu entscheiden. Ohne Zweifel wäre die Entscheidung im Rahmen des bürgerlichen Rechtes die beste gewesen. Aber Regierung und Majoritätsparteien verwiesen auf die Nothwendigkeit der Regelung durch ein Spezialgesetz, wobei die Meinungen darüber, ob dasselbe von Reichs wegen oder von Seiten der einzelnen Bundesstaaten zu erlassen sei, auseinander gingen. Ueber den Inhalt des angekündigten Entwurfes verlautet, daß den Forderungen der Bauhandwerker ein hypotekarisches Vorzugsrecht eingeräumt werden, das neue Gesetz aber nur da, wo der Bauhandwerker sich lästig macht, also hauptsächlich in Berlin und anderen Großstädten, in Kraft treten soll.

Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich ein entscheidendes Gewicht darauf legen, daß die berechtigten Interessen der Arbeiter des Baugewerbes gebührende Berücksichtigung finden.

Reichstagskandidatur. Im Wahlkreise Westpreignitz (Potsdam 1), welcher durch die Ernennung v. Podbielskis zum Nachfolger Stephens frei wird, ist, wie unser Brandenburger Parteiorgan mittheilt, von den Genossen Schneider Pinze-Stendal als Kandidat für die bevorstehende Nachwahl aufgestellt. Unsere Partei ist bereits energisch in die Wahlagitiation eingetreten.

Untern neuesten Kurs. Im Monat Juni wurde von deutschen Gerichten gegen Parteigenossen insgesamt auf 1211 Mk. Geld- und 3 Jahre, 9 Monate, 1 Woche und 3 Tage Gefängniß erkannt.

Frankreich.

Faures Reisegeld in der Kammer. 6. Juli. Kranz erstattete den Kommissionsbericht über die Kreditvorlage und beantragte die Dringlichkeit und die unverzügliche Verathung der Vorlage, die von der Kammer auch beschlossen wurde. Der sozialistische Abgeordnete Dejeante bekämpfte den Antrag und rief dabei aus: „Die Republik ist in Frankreich nicht ausgerufen worden, um der Tyrannei zu hulldigen; der russische Kaiser ladet den Präsidenten der Republik offenbar nicht ein, um die republikanischen Grundsätze zu verbreiten, Frankreichs Geld wäre besser für die Nothleidenden verwendet, als für eine russische Reise vergesetzt. (Großer Lärm). Vorsitzender **Trisson**: „Von Vergeudung kann keine Rede sein, wenn es sich darum handelt, einen Höflichkeits- und Freundschaftsbefuch zu erwidern, der Frankreich glücklich und stolz gemacht hat.“ (!) (Händeklatschen). **Renou** beantragt die halbe Million für unbeschäftigte Arbeiter zu verwenden. (Großer Lärm. Rufe: Altherge Späße! Schämten Sie sich!) **Faberot**: „Ich wundere mich über diese Zwischenrufe; wir sind hier viele, welche Faures Besuch beim Zaren nicht wollen!“ **Faures**:

„Im Grunde bedauern Alle diesen Besuch.“ (Lärm). **Faberot**: „Faures Reise ist die Folge der französischen Reise des russischen Todtschlägers...“ (Ungeheurer Lärm). Vorsitzender **Trisson**: „Ich will Ihren Ausdruck nicht gehört haben; seien Sie sicher, daß im ganzen Saale jeder einzelne Franzose gegen dieses einzelne Wort Empörung fühlt.“ **Faberot**: „Ich bin anderer Meinung und glaube, die Wähler werden sich der Bestimmung, die Sie einer halben Million geben, zu erinneren wissen.“ Der Antrag **Renou** wurde hierauf ohne Stimmzählung abgelehnt und die Geldforderung mit 447 gegen 29 sozialistische Stimmen bewilligt.

Indien.

Die Unruhen. Reuters Bureau meldet vom 7. Juli: Gerüchtweise verlautet hier heute abend, daß alle Arbeiter der Stromauf gelegenen Mühlenwerke die Arbeit verlassen haben sollen, und daß Trupps im Ganzen in der Stärke von 800 Mann unterwegs sein sollen, um die Aufständler zu unterdrücken.

In Kalkutta geht außerdem das Gerücht, daß die Truppen in Banachpur Befehl erhalten sollen, diesen Vanden den Weg abzuschneiden. Augenblicklich ist Alles ruhig, obgleich sich die ganze Stadt im Zustande höchster Spannung befindet.

Lübeck und Nachbargebiete.

10. Juli.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern nach Rostock, Schlossern und Maschinenbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, F. M. Th. Bahrdt, F. P. S. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Bangert ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Leberstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Zum Möbeltischlerstreik. Wir erhalten von der Streit-Kommission der Möbeltischler nachstehende Zuschrift:

Wir sind nunmehr wieder in der Lage, den Lesern dieses Blattes einiges Bemerkenswerthes mittheilen zu können:

Die verschiedenen von der Gegenseite gemachten Anstrengungen und das seitens der Fabrikanten bekundete Interesse an der Beilegung des Streiks, veranlaßte die Lohnkommission, sich schriftlich an den Verein der Möbelfabrikanten zu wenden, ob man gesonnen wäre, Unterhandlungen anzuknüpfen. Bald darauf erhielten wir Antwort. Wenn wir geneigt wären, auf Grund der zehnstündigen Arbeitszeit eine Verständigung herbeizuführen, wäre man gerne bereit, in Unterhandlungen einzutreten. Zeit und Ort der Besprechung wurde angegeben. Wo das hinaus sollte, war uns sofort klar. Um jedoch nichts unverzagt zu lassen, fanden wir uns zur festgesetzten Zeit ein. Das Resultat war, wie vorauszusehen, gleich Null. In allen Forderungen könnten wir uns „vielleicht“ einigen, wenn wir nur von der neunehnhalfstündigen Arbeitszeit Abstand nehmen würden. Als besonderen Grund glaubten diese Herren anführen zu müssen, daß wir auf den Maschinenfabriken von dieser Forderung gleichfalls Abstand genommen hätten. Zwei der Herren erklärten, sofort die verkürzte Arbeitszeit einführen zu wollen, wenn auf den Maschinenfabriken dasselbe geschehe. Der Vorsitzende des Vereins legte uns sodann nahe, vorläufig bei zehnstündiger Arbeitszeit wieder anzufangen, damit sie ihres Ehrenwortes, das sie ihren Verbündeten gegeben, enthoben seien. Es stände uns ja dann frei, nach kurzer Zeit unsere Forderungen zu erneuern und er könne versichern, daß sich dann dieser Punkt zu unserer Zufriedenheit regeln werde. Die Lohnkommission konnte sich jedoch nicht entschließen, auf dieses Anerbieten einzugehen und wurde unsererseits erklärt, daß wir wohl, soweit es die Person des Vorsitzenden betreffe, den Worten Glauben schenken, wir aber bei einigen der Herren bezüglich des Vorhaltens schon recht schlimme Erfahrungen gemacht hätten. Wir machten ihnen sodann folgende Vorschläge: Die Fabrikanten verpflichten sich schriftlich, einen Zeitpunkt festzusetzen, an welchem die neunehnhalfstündigen Arbeitszeit eingeführt wird. Von den Herren wurde dies jedoch unter großer Unruhe zurückgewiesen. Wir schlugen dann vor, die 5 1/2 stündige Arbeitswoche einzuführen, und zwar in der Weise, daß Montag eine Stunde später ausgegangen und Sonnabends zwei Stunden früher aufgehoben wird. Auch dieses wurde von den Herren abgelehnt. Sie schlugen vor, wenn wir nicht beoelmächtigt wären, auf diese Forderung zu verzichten, noch einmal mit unseren Kollegen Rücksprache in diesem Punkte zu nehmen und ihnen das Resultat mitzutheilen. Wir versprachen, dem nachzukommen und gingen, nachdem wir uns 3 Stunden herumgeschlagen, auseinander, um manche Erfahrung reicher. Unserem Versprechen gemäß beriefen wir eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ein. Nach eingehender Berichterstattung wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, ob an der Forderung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit festgehalten werden soll. Das Resultat ergab 156 Stimmen für 9 1/2, 5 Stimmen für 10 Stunden. Aus der Mitte der Versammlung wurde sodann folgende Resolution eingereicht: „Di: am 21. Juni tagende außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Holzarbeiter Lübecks spricht ihr Bedauern aus, daß die Unterredung des Möbelfabrikanten-Vereins und der von uns eingesetzten Lohnkommission zu einer Einigung nicht geführt hat. Die Versammlung erklärt an dem

9 1/2 stündigen Arbeitstag resp. 57 stündiger Arbeitswoche festzuhalten, damit die von der Majorität der Arbeitgeber eingeführte verkürzte Arbeitszeit nicht wieder rückgängig gemacht wird.“ Diese Resolution wurde gegen 1 Stimme angenommen. Das Resultat der Versammlung wurde dem Möbelfabrikanten-Verein mitgetheilt. kaum 8 Tage später erhielten wir ein Schreiben des Arbeitgebers **Verbände**, in welchem er uns zu einer Besprechung dieser Angelegenheit einlud. „Getreu seinen statutarischen Bestimmungen, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Nehmer zu fördern, sieht sich der Verband hierzu unsummehr veranlaßt, da eine Einigung mit den Möbelfabrikanten nicht erzielt wurde.“ Zeit und Ort waren angegeben; gleichzeitig wurde die Anfrage gestellt, ob wir auf dieses Anerbieten eingehen wollten. Wir erklärten uns selbstverständlich bereit und saud am 2. Juli die Sitzung statt. Auch hier dasselbe Resultat und dieselben Varentos von der ungeheuren Schädigung der Industrie, wenn die Arbeitszeit verkürzt würde. Auch hier beharrliche Weigerung, auf unsere Vorschläge einzugehen und unsererseits die Verkürzung der Arbeitszeit fallen zu lassen. Nach dreistündiger Debatte wurde endlich beschlossen, Montag den 5. d. M. wieder zusammen zu kommen, um das Protokoll der Verhandlungen anzustellen. Dies ist geschehen, wir werden es in einer der nächsten Nummern veröffentlichen, sowie überhaupt ein klares Bild von dieser Verhandlung geben. Der Drohung der Herren, daß es zu einem allgemeinen Ausstand in sämtlichen industriellen Betrieben kommen könnte, wenn wir nicht nachgeben, bringen wir ein überlegenes Lächeln entgegen. Wir können den Schmerz ertragen, obwohl wir es sehr bedauern, daß es wieder zu keiner Einigung gekommen ist; an Entgegenkommen unsererseits hat es wahrlich nicht gefehlt. Die bedrängte Lage der Möbelfabrikanten, dokumentirt durch große Annoncen (siehe „General-Anz.“ und „Eisenb. Hg.“) nach Arbeitskräften wird durch diese Art überflüssiger Einwirkung nicht befestigt werden; uns aber giebt sie die Hoffnung auf baldigen Sieg. Wir sind sämtlich von der Berechtigung unserer Forderung überzeugt und rufen mit dem Dichter:

„Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre,
Ein goldenes Bild, das seines Brustes Band
Und kein Mittel um die Brust ihm hängt!
Die Ueberzeugung ist des Kriegers Ehre,
Mit der er kämpfend nie unruhig fällt.
Der Vernunft selbst, verloren in der Masse,
Gewirbt durch Ueberzeugung sich den Adel,
Ein Wappen, das er selbst sich schändet,
Wenn er zum Lügner seiner Meinung wird.“

Die Deutsch-Nordische Handels- und Industrie-Ausstellung zu Lübeck 1895. Vor gar nicht allzu langer Zeit jammerte bekanntlich das Anstaltblatt ganz kläglich darüber, daß bisher immer noch kein Medienschaftsbericht über unsere gloriose Ausstellung erschienen sei, ja es erklärte sogar, daß die Firma Gebr. Borchers bereit sei, den Druck auf ihre Kosten zu veranstalten. Es erweckte fast den Anschein, als wolle man noch nachträglich ein kleines — natürlich recht glimpfliches — Strafgericht abhalten, als wolle man wenigstens Kritik üben, soweit solche einem nationalliberalen Anstaltblatt überhaupt ansteht. Nun ist der Bericht fein säuberlich gedruckt (ob bei Borchers, ist nicht ersichtlich) erschienen, ein Bericht, der vielerlei Interessantes enthält, man harre der kommenden Dinge, aber nein! Wie Wetterfahnen, die vor Verlegenheit nicht wissen, wie sie sich drehen sollen, rülhten unsere bürgerlichen Blätter in rührender Eintracht. Kein Wort der Kritik, des Lobes oder des Tadelns, ein kurzer Abfalsch aus dem Bericht, und dann — ruhten alle Wälder. Warum? Ist man etwa „vollauf befriedigt“? Oder scheut man sich vor der Erkenntniß, welche man erhalten würde, wenn man den Finger in die offenen Wunden legte? — Wir wollen versuchen, die Fragen durch eine kurze Besprechung des Berichtes zu beantworten. Es heißt in demselben — unterzeichnet haben ihn Herm. Lange, E. Pöschel und Heur. Thiel, welchem während des Bürgerschaftswahlkampfes die Ehre zu Theil wurde, zum Vater der Ausstellung ernannt zu werden: — „Wir haben alle Ursache, mit berechtigtem Stolze auf unsere Ausstellung, die eine unserer alten Hansestadt würdige war, zurückzublicken. — Wir wissen bestimmt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung, und vor allem die große Mehrheit derer, die jetzt die Suppe auszulöffeln haben, beim Lesen dieser Zeilen sich recht eigene Gedanken machen und über das frappante Maß selbstgefälliger Bescheidenheit staunen wird, welches hier zu Tage tritt. Sie wird sich vielmehr — und das mit gutem Recht — an die nächstfolgenden Sätze halten und dem in ihnen enthaltenen Geständniß aus eigener Kenntniß noch den nöthigen Kommentar verleihen. Sie lauten: „Das finanzielle Ergebniß der Ausstellung hat sich leider zu einem ungünstigen gestaltet. Die kurze Zeit, welche uns zur Fertigstellung der Bauten und aller anderen nothwendigen Arbeiten blieb, hat in vielen Beziehungen nachtheilig gewirkt, und da uns eigene Erfahrungen im Ausstellungswesen gänzlich fehlten, so sind manche Offerten und Anträge genehmigt worden, die andernfalls einer genaueren Prüfung — zum pekuniären Vortheil für die Ausstellung — unterworfen worden wären.“

Da hätten wir zunächst eine ganz beachtenswerthe Thatsache: Das Ausstellungspräsidium ist bei Vergebung der Arbeiten übertheuert worden. Es wäre doch hochinteressant, zu erfahren, welcher von all den gut bürgerlichen Unternehmern so patriotisch gewesen ist, wie man zu sagen pflegt, tüchtig zu „reißen“ bei diesem zur Erhöhung der „Würde unserer alten Hansestadt“ dienenden „gemeinnützigen“ Unternehmen. Daß das Präsidium hineingefallen ist, kann man ihm, nachdem es selbst so rührend seine völlige Unkenntniß eingestanden, nicht ver-

übeln, — war es aber nicht unschön und den guten Sitten zuwiderlaufend gehandelt, wenn jene im Verichte wohlweislich nicht genannten Geschäftsleute sich diese Kenntniß zu Nütze machten und unverhältnismäßig viel aus dem „vaterstädtischen“ Unternehmen „zogen“? Wo bleibt denn da ihr „Gemeinsinn“, ihr „für das Wohl der Vaterstadt“ schlagendes Herz? — Na, Geschäft ist Geschäft, das wissen wir ja ganz genau, und wenn es ein Geschäft zu machen giebt, dann stellt sich jedesmal heraus, was von Schützenfest- und Bürgerchaftswahlproben zu halten ist. Also zu lesen zwischen den Zeilen des vom Präsidium der Deutsch-Nordischen Ausstellung erstatteten Rechenschaftsberichtes.

Weiter heißt es: „Ferner hat auch der oft nicht genügende Besuch die Einnahmen ungünstig beeinflusst.“ — Ja, woher ist das gekommen? Man hat eben nicht nur bei den Anlagen sich überheuern lassen, man hat auch späterhin nicht im mindesten verstanden, das Unternehmen populär zu machen, ja, man hat dadurch, daß man der wohlhabenden Bevölkerung geradezu unerhörte Erleichterungen verschaffte, während für das „Volk“ fast gar nichts geihan wurde, die große Masse geradezu vom Besuche abgelenkt. Wer sich den Luxus gestatten konnte, für 12 Mk. eine Dauerkarte und für 6 Mk. resp. 3 Mk. Frauen- und Kinderkarten zu lösen, der hat allerdings ein spottbilliges Vergnügen gehabt, dem ist zum Theil der einzelne Besuch auf lumpige Pfennige zu stehen gekommen, und thatsächlich haben denn ja auch ganze Familien aus den höheren Regionen tagaus tagen in der Ausstellung gelebt, und wie billig haben sie gelebt, wenn man bedenkt, daß die Ausstellung so hübsch dicht bei Hause lag, daß man sich daheim erst schön stärkte, um nachher das Gratis-Concert u. d. zu genießen! Dem Mann des Volkes dagegen hat man keinerlei Vergünstigungen gewährt, man hat ihn sich ruhig am Sonntag in überfüllten Männen drängen und schieben lassen, bis er Ausstellung Ausstellung sein ließ, und die unklüfften Kreise nicht mehr durch seine proletarisch-gemeine Erscheinung störte. Das ist in erster Linie der Ruin des Geschäfts gewesen, daß man nach dem Grundsatz handelte: „Wer da hat, dem wird gegeben“ — anstatt wie ein vorstichtiger Geschäftsmann zu denken: „Die Menge thut's!“ Daß dies richtiger gewesen wäre, beweist schon die Thatsache, daß für Dauerkarten nur ca. 72 000 Mk. eingenommen wurden, während an Eintrittsgeldern über 232 500 Mk. eingingen. Wir vermessen nun im Bericht auch eine Angabe darüber, wie viele Personen auf Grund auswärtig gelöster Eisenbahnsfahrkarten die Ausstellung besucht haben, und wie hoch die Einnahme sich beläuft, die hierbei erzielt wurde. Es war ja sicher löblich und anerkanntenswerth, daß z. B. den Hamburgern die Gelegenheit geboten wurde, sich für wenig Geld in Lübeck zu amüsiren, es ist auch zweifellos Thatsache, daß die Eisenbahn-Verwaltungen glänzend dabei verdient haben, ob aber das Ausstellungs-Unternehmen dabei Rechnung gefunden hat, ist eine zweite Sache, die allerdings jezt höchstens noch die Garantiefondszeichner theoretisch interessiert. Es wäre aber ganz lehrreich, zu erfahren, wie hoch der Prozentsatz des Antheils ist, den Bahn resp. Ausstellung erhalten haben. Die Lotterie hat die Erwartungen gänzlich erfüllt. Das Präsidium hat dieselbe bekanntlich in eigene Regie nehmen müssen und ist selbstverständlich mit mehr als der Hälfte der Loose sitzen geblieben.

Für Concerte sind nicht weniger als **63 903,71** Mark, für Feuerwerk **24 188,02** Mk. ausgegeben.

Am meisten Freude wird allen finanziell Beteiligten der Ausgabeposten **Repräsentation** bereiten. Er beträgt nämlich — nur **10 874,45** Mk. Da kann man wenigstens sagen: Habt Ihr sonst auch nicht allzuviel verstanden, das Repräsentiren verstandet ihr ganz meisterlich. Ob freilich die Leute, welche an dem Garantiefonds festhalten, von dem nicht weniger als **388 307,25** Mk. zum Teufel gehen, allzusehr erbaut sein werden über diese Leistung, erscheint uns zum mindesten zweifelhaft. Oder sollten sie gar „mit berechtigtem Stolz“ darauf zurückblicken? Die Ausstellung ist von der Bildfläche verschwunden, der letzte Rest ist längst in Flammen aufgegangen, und die Lübecker sind um eine — angenehme Erfahrung reicher. Ob sie allerdings an sich reicher geworden sind durch das kostspielige Unternehmen, ob die Ansicht des Präsidiums, daß der „der Stadt zugefallene momentane und andauernde Nutzen ein sehr bedeutender sei“ nicht allzusehr dem Wunsch entspricht, die Frage mag sich Jederman selbst beantworten. Die Arbeiterschaft hat jedenfalls keinen dauernden Nutzen gehabt.

Vom Pape. Der Annoncentheil der gestrigen „Eisenbahn-Zeitung“ enthält nachstehendes Inserat:

Zur Wahrheitsliebe des Amtsblattes. Auf die erneuten Verdächtigungen der Ldb. Anzeigen einzugehen, halte ich unter meiner Würde, man weiß jezt, woher die Quertreibereien bei der letzten Bürgerchaftswahl rühren. Wer aber gleich mir den Namen des betreffenden Vaterstädtischen Vereinsmitgliedes kennen lernen will, der wende sich vertrauens-

voll an Herrn Ad. Mey, den Verleger der Ldb. Anzeigen. Aug. Pape.

Nach den positiven Erklärungen, die das Amtsblatt abgegeben hat, bedeutet obige Erklärung des Herrn Pape, daß er nichts weiß. Wüßte er etwas, warum sollte er sich dann auf das hohe Pferd setzen und es „unter seiner Würde halten“, damit herauszurücken. Es ist gekommen, wie wir voraussetzten: Pape schweigt rechtzeitig.

Bürgerausschuß. Sitzung vom 7. Juni. Der Senatsantrag, daß der Vandalenplan für Herstellung von öffentlichen Abortanlagen bei Schuppen Nr. 22a, bei der Strandstraße und bei Schuppen Nr. 10 zusammen 1800 Mk., soweit erforderlich, zur Verfügung gestellt werde, ward mitgeteilt (Dadurch wird einem auch in diesem Blatte zur Sprache gebrachten Uebelstand endlich einmal abgeholfen. D. M.) — Der Senatsantrag, betr. Parkanlagen vor dem Mühlen- und Vargthore, sowie Freilegung des Kaiserthurnes unter der Faktion Pulverturm ward der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung empfohlen. — Das gleiche war mit dem Kommissionsantrag der Fall, der Bürgerausschuß wolle den ihm vom Senate zur gütlichen Erklärung entgegengebrachten Entwurf einer Verordnung, betreffend die Errichtung von Fabriken und ähnlichen Anlagen in Travemünde, mit der Milderung der Bürgerchaft zur Annahme empfehlen, daß in § 1 der Absatz 3 zu lauten habe: Der Abschnitt wird begrenzt im Osten und Südosten durch die Travemünder Bucht und den Ausfluß der Trave, im Südwesten durch eine Linie, die durch den Travesteg führt, das Grundstück 63 der Hinterreihe und das dem Wohnhof gegenüber liegende Grundstück, das auf der Karte des Katasteramtes als „an der Rose Nr. 9a“ bezeichnet ist, mit umfaßt und von dort durch die Rose (die an der südwestlichen Seite dieser Straße und deren geplanten Verlängerung zu erbauenden Häuser einschließt) bis zum Mühlenweg führt, im Nordwesten durch eine Linie, die zunächst in der Richtung des Mühlenweges laufend diesen an der Stelle verläßt, wo er nach Südosten umbiegt, und nun der Wabe-Allee parallel 300 Meter nordwestlich von derselben auf die Grenze der Gemeindefranse Travemünde und Gneversdorf aufläuft und die in ihrem ferneren Verlaufe der Travemünder-Gneversdorfer Grenze folgt, bis sie hinter dem Teletempel an den Strand der Travemünder Bucht stößt.

Der Berichtigungsparagraph (§ 11) des Preßgesetzes hat kürzlich eine Entscheidung des Kammergerichts veranlaßt, worüber die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet: Die Berichtigung selbst muß so beschaffen sein, daß sie einschließlich der Unterschrift des Namens ohne Einschaltungen und Weglassungen erfolgen kann. Dies folgt zwingend aus der Bestimmung des Gesetzes, daß die Berichtigung ohne Einschaltungen und Weglassungen aufgenommen werden muß. Der Redakteur ist weder berechtigt noch verpflichtet, aus einer Berichtigung dasjenige, was sich gegen thatsächliche Angaben richtet und wieder Thatsachen enthält, herauszuschälen und diesen Rest der Berichtigung aufzunehmen. Enthält die eingefandte Berichtigung vielmehr auch nur einen Satz, der über den Rahmen einer zulässigen Berichtigung hinausgeht, so kann der Redakteur die ganze Berichtigung ablehnen. Das Kammergericht, als letzte Instanz in diesen Sachen, hat diesen Rechtsatz in einem in dem neuesten Jahrbuch seiner Entscheidungen abgedruckten Urtheil ganz klar zum Ausdruck gebracht. Der angeklagte Redakteur war vom Verurtheilungsgericht wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung verurtheilt. Das Kammergericht hat auf eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben und den Angeklagten von Strafe und Kosten freigesprochen. In den Gründen heißt es: „Der die Berichtigung verlangende Brief enthält einen Schlußpassus, von welchem äußerlich durch den Absatz bei den Worten: „Wenn Ew. Wohlgeboren“ als auch durch den Inhalt erkennbar ist, daß er nicht mehr zur Berichtigung gehört. Durch das Einschalten dieses Schlußpassus zwischen die Berichtigung und die Namensunterschrift ist aber ein formeller, wesentlicher Mangel der Berichtigung herbeigeführt. Außer den Erfordernissen, daß die Berichtigung sich auf Thatsachen beschränke und keinen strafbaren Inhalt habe, verlangt der § 11 des Preßgesetzes, welcher Vorschriften formaler Natur enthält und demgemäß ganz strikt auszuulegen ist, daß die Berichtigung unterschrieben ist. Die Berichtigung muß daher, wie aus dem gesammten Inhalt zu entnehmen ist, so abgefaßt und beschaffen sein, daß sie einschließlich der Unterschrift des Namens ohne Einschaltungen und Weglassungen erfolgen kann. Vorliegend hätte der Angeklagte, um eine unterzeichnete Berichtigung herzustellen, den Schlußpassus weglassen müssen; hierzu war er weder verpflichtet noch berechtigt. Ist den Vorschriften im § 11 auch nur in einem Punkte nicht Genüge gethan, so ist der Redakteur nicht verpflichtet, die Berichtigung aufzunehmen.“ Diese Entscheidung wird wohl endlich den widerspruchsvollen Urtheilsschaltungen bei Auslegung des Berichtigungsparagraphen ein Ende machen. Sie erscheint uns durchaus korrekt und entspricht wort- und sinngemäß der gesetzlichen Bestimmung. Damit wird auch dem mit dem Berichtigungsparagraphen vielfach getriebenen Unfug ein Ende gemacht.

Die Pulsader zerschnitt sich gestern Morgen der Posthauskasseler K o o p an einem beim Lampengläserreimigen brechenden Cylinder. Der Verletzte, der durch starken Blutverlust bereits bewusstlos geworden war, wurde durch zwei schnell herbeigeholte Aerzte verbunden und sodann dem katholischen Krankenhause zugeführt.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Kellner, welcher beschuldigt wird, seinem Prinzipal 29,30 Mark unterschlagen zu haben. — Von einem Radler überfahren wurde Montag Abend in der Königstraße ein fünfzigjähriges Kind, ohne erheblich verletzt zu werden.

Gegen den Rechtsanwalts und Notar Dr. jur. Hans August Theodor Burmeister, geboren am 13. Februar 1866 zu Ahrensboed, zuletzt in Lübeck wohnhaft, jezt von da flüchtig und unbekanntem Aufenthaltsort, ist wegen Betruges das Hauptverfahren vor der hiesigen Strafkammer eröffnet und wegen Fluchtverdachts ein Haftbefehl erlassen. Es wird ferner auf Grund der §§ 332—334 der Strafprozeßordnung das im Deutschen Reich befindliche Vermögen des Angeklagten mit der Wirkung mit Beschlag belegt, daß der Angeklagte mit dem Zeitpunkte der ersten Bekanntmachung dieses Beschlusses im Deutschen Reichsanzeiger das Recht verliert, über das in Beschlag geommene Vermögen unter Lebenden zu verfügen.

Eine große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, zu welcher die gesammte Arbeiterschaft Lübecks eingeladen ist, findet am Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr in den Central-Hallen statt. Genosse Martin Segig aus Fürth, über dessen Thätigkeit als Leiter des Rürnberger Arbeitersekretariats wir dieser Tage eine anschauliche Darstellung brachten, wird über „Unternehmer- und Arbeiterverbände“ sprechen. Das aktuelle Thema wird sicher nicht verfehlen, zu zahlreichem Besuch anzuspornen.

Hamburg. Am Ziehungstage der 2. Klasse der 312 Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachgehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 48128 mit 5000 Mk.	Nr. 77575 mit 3000 Mk.	Nr. 48405 mit 2000 Mk.	Nr. 37589 mit 1000 Mk.	Nr. 12597 75789
4 400 Mk.	Nr. 7462 47392 119743 & 200 Mk.	Nr. 2941 24713	29273 31110 49148 75744 79468 84135 85871 86188 89098	92030 83468 101274 102497 109520 & 100 Mk.

Hamburg. General-Versammlung der Hafenarbeiter. Als Sitz des Vorstandes und Ausschusses wurden Hamburg resp. Lübeck wiedergewählt. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Kellermann, erster Vorsitzender, Döring, zweiter Vorsitzender, Landahl, Kassirer, Heinecker, Schriftführer, Vogel, Weißer, Will, Obmann der Revisions-Kommission. Zu dem Posten eines besoldeten Beamten wurden Schippmann-Altona und Heitmann-Lübeck vorgeschlagen, jedoch wurde beschlossen, daß Ausschuß und Vorstand eine geeignete Person (Hafenarbeiter) ernennen sollen. Das Gehalt wurde auf 1500 Mark normirt.

Oldesloe. Sittenverbrechen. Der Wanderarbeiter Schlichting, der schon wegen Sittenverbrechens mit 6 Jahren Zuchthaus vorbestraft worden ist und auch wegen sonstiger Straftaten Strafen erlitten hat, hat kürzlich ein kaum schuldpflichtiges Mädchen auf eine Weide in der Nähe unserer Stadt gelockt und sich alsdann gegen dasselbe unsittlich vergangen. Gestern wurde er für diese abscheuliche That vom Landgericht Altona zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Livoli-Theater.

Am Donnerstag war die erstmalige Wiederholung von **Mamelle** mit **Kitouche**. Die Aufführung war eine recht flotte. Frä. Paula Kuppel gelangte in der Titulrolle mit gewohnter Schneidigkeit, und auch Herr Winkelmann zeigte sich seiner nicht leichteren Aufgabe (Celestin) voll gewachsen. Zusammenspiel und Regie (Herr Kohnstrey) konnte nicht besser sein. Das Publikum zeigte auch nicht mit Verfall. Für heute, Freitag, hat Frä. Paula Kuppel, unsere beliebte erste Gesangs-Soubrette, als Benefiz-Vorstellung „Die drei Grazien“ eine Operettenposse mit Gesang, gewählt und darf man also für heute ein volles Haus erwarten.

Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:

„Sektion der Klempner“, in der Versammlung von den Kollegen, welche den Ausflug nicht machen konnten, gesammelt	1,50 Mark.
Weitere Gelder nimmt gern entgegen	

Die Expedition, Johannisstraße 50.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 8. Juli.
Der Schweinehandel verlief gut. Preis: Resaubschweine schwere 61-53, leichter 52-55 Mk., Ganzen 38-45 Mk. und Ferkel 48-52 pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

Dampfer „Gustav Waja“, Kapl. Svedberg, ist am 8. Juli in Stockholm eingetroffen.
Dampfer „Svitthod“, Kapl. Blomberg, ist am 8. Juli aus Kalmars nach hier abgegangen.
Dampfer „Mathilde Jäde“ ist am 8. Juli von Dornstättbivil nach hier abgegangen.
Dampfer „Livadia“, Kapl. J. Wendfeldt, ist am 8. Juli in Aarhus angekommen.
Dampfer „Stella“, Kapl. Janzen, ist am 8. Juli, aus Emmerich bergwärts gefahren.
Dampfer „Burg“, Kapl. Thiel, ist am 8. Juli in Pillau angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Frau C. Matthiesen to eern 56. Geburtdag een binnerendes Hoch, dat de ganze Ernststrat wadelt un dat Hus Nr. 11 upp den Kopp to staen kümmt. En goben Fründ.

Dem Schustermeister **Fritz Thoni** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein 999 mal donnerendes Hoch, dat de Weg in de Güterborralle wadelt. In rah mal, wer dat dohn hett?

Frau **Matthiesen** zu ihrem 56. Wiegenfeste ein 9999 mal donnerendes Hoch, daß die ganze Ernststraße wadelt und das Haus Nr. 11 auf den Birnbaum zu stehen kommt. **K. H. J. W. W.**

Zu vermieten zum 1. Oktober zwei Wohnungen, Unterhaus zu jedem Geschäft passend. Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu vermieten 1 möbl. Vorderzimmer an einen jungen Mann Lindenstr. 19, 2. Et.

Zu vermieten Umstände halber eine Wohnung. Preis 180 Mk. Düstere Quersstraße 16.

Zu vermieten ein Logis Schützenstraße 29, 1. Et.

Eine saubere Frau im Waschen und Reinmachen kundig, sucht in gen. Arbeit Beschäftigung. Schönkampstraße 16, 1 Et.

Billig zu verkaufen ein guterhaltenes Sopha und ein Kinderwagen Mittelstraße 85.

Zu verkaufen eine Schulter Heinrichstraße 26.

Hochfeine Butter, 1/2 Pfd. 95 Pfg. Frommhagen, Mühlenstraße 81.

Empfehle mein **Barbier-, Friseur-, Tabak- und Cigarren-Geschäft.** **H. Wiese, Friseur,** Ecke der König- und Pfaffenstraße 24.

Saison-Ausverkauf.
Die noch vorräthigen
Sonnenschirme
werden jetzt
25 Prozent unter Preis verkauft.
H. Stoppelman, Schirmfabrik
Lübeck, 32 Mühlenstraße 32.

Möbel,
Regulaturen,
Betten, Gardinen,
Cepische, Kleiderstoffe,
Seiden-Mäntel, Jackets,
Herren- u. Knaben-Garderoben
Kinderwagen

Liefere gegen bequeme
Theilzahlung
in wöchentl., 14-täg. u. monatl. Raten.
Waaren-Credit-Haus
S. Sachs
Johannisstraße 23.

Bruch-Caffee
kräftig und rein schmeckend,
pr. Pfd. 60, 70 und 80 Pfg., extrafein 90 Pfg.

Java-Bruch
pr. Pfd. 1 Mt.

Caffee-Rösterei Holstenstraße 10.
Probieren Sie bitte
Ludw. Hartwig's
streng geröstete Caffees
naturcell das Pfd. an 1,20 Mt.

Da es für Jedermann nothwendig ist, mit dem Inhalt der

Reichsgesetze
bekannt zu sein, empfehlen wir:

Verfassung d. Deutschen Reichs 0,30 Mt.
Strafprozessordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz. 1,60 „
Civilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Einführungsgesetzen, Nebengesetzen und Ergänzungen. 2,50 „
Gesetz betr. die Gewerbeverordnungen 0,50 „
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst d. gebräuchlichsten Reichsgesetzen. 1,- „
Unfallversicherungsgesetz. 2,- „
Krankenkassengesetz. 1,20 „
Gewerbeordnung. 2,00 „
Reichsgesetz betr. Abzahlungs-Geschäfte. 1,- „

Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.

Die Schweineschlachterei
von
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73

empfehl:

Frische Flammen, Pfd. 50 Pf.
Schweinefleisch . . . Pfd. 55 Pf.
Carbonade . . . Pfd. 70 Pf.
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
Grater-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.
Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf.
Gehochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

Mettwurst, in derselben Weise wie auf dem Lande fabricirt,
Pfd. 1 und 1,20 Mt.
Mühlentstr. 29. Ludwig Behncke.

Prima neue Matjes-Peringe
Stück 10, 8 und 5 Pfg.
feinsten Delikatess-Matjes
Stück 15 und 20 Pfg. empfiehlt
H. Klentz, Düstere Quersstraße 13.

Ausflug

sämmtlicher
Gewerkschaften und Vereine

nach **Israelsdorf**
mit 5 Musik-Kapellen, Fahnen, Bannern u. s. w.
am Sonntag den 15. August 1897
Abmarsch vom Burgfeld Nachm. 2 Uhr, von Israelsdorf Abends 8 Uhr.
Das Fest-Comité.

Ausverkauf.
Wegen vollständiger Aufgabe unserer
Schuhwaaren - Abtheilung
werden wir von heute ab sämmtliche vorhandenen
Waaren zu jedem annehmbaren Preise abgeben.

Gebr. Mannheim
Hamburger Kaufhaus
Breitestraße. Ecke Mengstraße. Breitestraße.

Schuhwaaren-Fabrik
Mühlenstraße 32. **F. Baurenfeind** Ecke Kapitelstraße.
Großes Lager in
Damen-, Herren- u. Kinderstiefeln.
Nur solide Waare zu den billigsten Preisen.
Reparaturen prompt und billig.

Soeben erschien:
Die Herrenhaus-Junker und die Arbeiter.
Neben der Herren
v. Pothammer und v. Stumm.
Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen im Herrenhause über die Aenderung des preussischen Vereins-Gesetzes.
Mit einer Einleitung.
Preis 10 Pfg. Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.

Große öffentliche Metallarbeiterversammlung
am **Sonnabend den 10. Juli**
Abends 8 1/2 Uhr
in den **Central-Hallen.**

Tages-Ordnung:

1. Unternehmer und Arbeiter-Verbände. Referent: Genosse Martin Segitz aus Fürth, Sekretär des ersten deutschen Arbeiter-Sekretariats in Nürnberg.
2. Diskussion.
3. Die Aussperrung der dänischen Metallarbeiter.
4. Verschiedenes.

NB. Sämmtliche Arbeiter Lübecks sind hierzu eingeladen.
Der Einberufer.

Garg-Magazin H. F. Rehm | **Käse.** Goldsteiner, Pfd. 18 Pfg.,
Johannisstraße 41, empfiehlt Tilsiter, Pfd. 40, 60 und
Särge, sowie Leichenbekleidung zu billigen Preisen. Mühlentstr. 29. Ludwig Behncke.

Billige Feudel
Stück 8, 12, 15, 18 Pfg.
Prima Kopier- u. Patent-Feudel
Stück 20 Pfg.
Lübeck. **Otto Albers** Kohlmarkt.
Baarverkaufslokal für Manufakturwaaren.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,80.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Mühlentstr. 32.

Nur kurze Zeit
dauert der
Saison-Ausverkauf.
Behufs totaler Räumung des übernommenen Lagers eleganter, fertiger
Herren- und Knaben-Garderoben
werden zu Schlusspreisen schnellstens zu Gelde gemacht.

Große Posten Herren-Anzüge, sonst Mt. 12-20, jetzt nur Mt. 7,50.
Große Posten hochfeine Anzüge, sonst Mt. 18-25, jetzt nur Mt. 13,- an.
Große Posten Herren-Paletots, sonst Mt. 13-22, jetzt nur Mt. 8,- an.
Große Posten elegante Paletots, sonst Mt. 19-30, jetzt nur Mt. 14,- an.
Große Posten Herren-Hosen, sonst Mt. 3-5, jetzt nur Mt. 1,50 an.
Große Posten hochfeine Herren-Hosen, sonst Mt. 6-14, jetzt nur Mt. 4,- an.
Große Posten Jünglings-Anzüge, sonst Mt. 7-15, jetzt nur Mt. 4,75 an.
Große Posten Knaben-Anzüge, sonst Mt. 2 1/2-6, jetzt nur Mt. 1,25 an.
Leinen, Hüfte-Jackets, Sitableter Mt. 1,20 an.
Knaben-Hosen 80 Pfg., Herren-Westen 1 Mt.
Arbeiterfächer werden zu Spottpreisen geräumt.

Welthaus Goldene 33
nur Breitestraße 33, eine Treppe.
Eingigstes Geschäft dieser Art am Platze.
Jeder Käufer erhält eine Kleiderbürste gratis.

Kein Laden.

General-Versammlung
der
Kranken- u. Sterbekasse Fidelitas
(E. S. Nr. 19)
am **Montag den 12. Juli d. Js.**
Abends 9 Uhr
in den **Central-Hallen**, Dankwartstraße.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung für das verfloffene Halbjahr.
2. Vorstandswahl lt. § 17.
3. Anträge und Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet
Der Vorstand.

COLOSSEUM
Morgen Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.

Im Zeitalter des Verkehren.

Ein Bild aus naher Zukunft.

Scene: Ein Postbureau. An den Schaltern sitzen der Postsekretär Kleber und der Postassistent Märker. Im Hintergrunde befindet sich Briefträger Laufer.

Kleber: Haben Sie schon die neueste Verfügung vom Generalkommando gelesen, Herr Kollege?

Märker: Ach ja! Jetzt sollen wir im Dienste den Degen tragen. Ich möchte bloß wissen, was wir mit dem Dinge sollen, das ist uns doch bloß un bequem.

Laufer: Ja, und wir sollen vor jeder Briefstellung mit frisch lackirter Tasche und mit gepuhten Knöpfen antreten. Und wenn nicht Alles proppter ist, dann giebt's einen Rapport und im Wiederholungsfalle Arrest. Na . . .

Die Thür fliegt auf. Der Postdirektor Major a. D. von Schneidig betritt das Bureau. Laufer: ruft: Achtung! Die Beamten springen von ihren Plätzen auf: Guten Morgen, Herr Postdirektor.

v. Schneidig: 'n Morgen, Leute. Uebrigens wünsche ich nicht, daß Sie mich immer Postdirektor nennen. Sie haben mich von jetzt an „Herr Major“ anzureden, merken Sie sich das! Aber Herr Postsekretär, wie stehen Sie denn da? Was ist denn das für eine schlappe Haltung! Und den Rock haben Sie auch nicht zugeknöpft. Diese civilistische Hummelei hört jetzt auf, jetzt kommt endlich ein anderer Zug in die Sache. Postsekretär Kleber, Sie sind doch Soldat gewesen?

Kleber: Ja, Herr Postdirektor — Herr Major, ich war Einjähriger.

v. Schneidig: Ah so, na, dann sind Sie wohl Reserve-Offizier?

Kleber: Nein, Herr Dir — Herr Major, ich . . . ich bin bloß Gefreiter geworden.

v. Schneidig: Natürlich, wenn Sie damals eine ebenso schlappe Haltung hatten, dann ist das auch kein Wunder. Ach diese Einjährigen! — Na, und Sie, Assistent Märker, wie steht es mit Ihrem Militärverhältnis?

Märker: Ich bin garnicht Soldat gewesen.

v. Schneidig: Wa—ah? Nicht Soldat gewesen? Ja Herr, wie kommen Sie denn überhaupt zur Post?! Das ist ja unerhört, da muß ich gleich eine Eingabe an das Kommando machen. Aber Sie, Briefträger Laufer, waren gewiß Soldat?

Laufer: Jawohl, Herr Major, ich war Unteroffizier.

v. Schneidig: Na, doch endlich ein vernünftiger Mensch! Also, Unteroffizier Laufer, da sind Sie ja der Vorgesetzte von den Leuten hier. Sie haben darauf zu achten, daß der Gefreite und der . . . und dieser andere Mann da stets vorschrittmäßig erscheinen und sich im Dienst so benehmen, wie sich's gehört, haben Sie verstanden?

Laufer: Zu Befehl, Herr Major.

Kleber: Herr Major . . .

v. Schneidig: Herrrr, wie kommen Sie dazu, zu sprechen, ohne gefragt zu sein?! Drei Tage Mittelarrest! . . .

Ach so, das kann ich doch wohl noch nicht . . . Was wollen Sie?

Kleber: Herr Major, es wartet eine Menge Publikum, das abgefertigt sein will. (An den Schalterfenstern wird gepocht; man hört Rufe: Sie, Stephan, machen Sie doch endlich mal auf!)

v. Schneidig: Was bilden sich denn diese Leute ein? Die glauben wohl, die kaiserliche Reichspost wäre für's Publikum da?! (Reißt ein Schalterfenster auf.) Was haben Sie hier zu suchen?

Stimmen aus dem Publikum: Wird's nu bald? Eine Postkarte! Marken! Meine Zeitung!

v. Schneidig: Na, mit den Väubern werden wir schon fertig werden. (Zum Ersten aus dem Publikum): Was wollen Sie?

Erster Bürger: Hier das Telegramm will ich aufgeben.

v. Schneidig: Geben Sie mal den Wisch her . . .

(Reißt): „Herzlichen Glückwunsch zu dem strammen Jungen, Friß.“ — Nu sagen Sie mal, was hat das für einen Zweck? Müßten Sie da gleich telegraphieren? Sie haben doch gelesen, daß jetzt der Verkehrsflug aufhört. Solche Telegramme werden überhaupt nicht angenommen. Gehen Sie nach Hause . . . Was, Sie wollen nicht? Unteroffizier Laufer, werfen Sie den Mann raus! (Geschicht.) . . . Und was wollen Sie?

Zweiter Bürger: Ich will meine „Berliner Zeitung“ haben.

v. Schneidig: Was?! Denken Sie etwa, daß die kaiserliche Reichspost dazu da ist, die Umsturzpresse zu verbreiten? Raus!! (Unteroffizier Laufer besorgt das Weitere. Da auch das übrige Publikum sich unmutig zeigt, wird es nach und nach an die Luft befördert. Nur ein Soldat bleibt zurück.)

v. Schneidig zu dem Soldaten (freundlich): Na, was wünschen Sie denn?

Soldat: Soll ich Briefe holen für Herrn Lieutenant v. Storchheim.

v. Schneidig: Sofort! Kleber, suchen Sie schleunigst die Briefe für Herrn Lieutenant v. Storchheim heraus.

Kleber (nach einigem Suchen): Es sind keine da.

v. Schneidig: Keine da? Was ist das für eine Wirtschaft?! Der Herr Lieutenant schickt nach Briefen, und Sie haben keine! Um Gotteswillen, was soll daraus werden? (Zu dem Soldaten) Lieber Mann, sagen Sie dem Herrn Lieutenant, er möchte diesmal gütigst entschuldigen, daß keine Briefe da sind, es wird gewiß nicht wieder vorkommen. (Soldat ab.)

v. Schneidig zu den Beamten: Ich habe Ihnen heut mal gezeigt, wie in Zukunft die Geschäfte zu erledigen sind. Der Verkehr muß reformirt werden. (Ab. Die Beamten bleiben zerschmettert zurück.)

(Berliner Zeitung.)

Soziales und Partei-Leben.

Im Zentralverein der Brauer Deutschlands ist zum ersten Mal eine Urabstimmung vorgenommen worden, und zwar handelte es sich um die Fragen, ob der Streikfonds obligatorisch eingeführt werden solle, wie hoch der Monats-Beitrag für diesen zu bemessen sei und ob

dort ist eben die letzte Zuflucht eines Greises oder eines Krüppels.“

„Wenn sich also einem eine andere Zuflucht bietet, wenn er eine andere Existenz finden könnte, wenn er im Stande wäre, auf andere ehrliche Weise sich sein Brod selbst zu verdienen, er würde nicht dahin gehen, meinst Du?“

„Gewiß nicht.“

„Warum thust Du es dann?“

„Ich? Mit was soll ich mir denn mein Brod verdienen?“

„Mit Deinen Kenntnissen.“

„Sie sind unvollständig, ich habe keine Prüfungen gemacht, ich habe keine Zeugnisse, nicht einmal als Schulgehilfe würde man mich anstellen.“

„Du müßtest eben das ergreifen, dahin gehen, wo man Dich braucht.“

„Mich braucht? Wer kann mich brauchen, wo kann man mich brauchen?“

„Hm,“ machte Mandl, „zum Beispiel wir könnten Dich brauchen.“

Bei der Gärtnerei, mich?“ stieß Stefan höhnisch heraus.

„Nicht zum Schaufeln und Graben, nicht zum Sezen und Begießen, Hände haben wir ja auch genug“, fuhr Mandl ebenso entschieden aber wärmer werdend fort, „wir wüßten Dich anders und besser zu verwenden. Siehst, wir verstehen alle nur das Handwerk; um aber das Geschäft zu einem einträglichen zu machen, um in dem Fache etwas zu leisten, müßte man, wie Du vorhin gesagt hast, Chemie verstehen und Naturwissenschaft. Wir können das nicht, aber Du kannst das alles, Stefan, und noch viel mehr, Du weißt auch, was das heißt, Geschmach, und dann müßtest Du auch die Briefe schreiben und unsere Rechnungen; wir drei arbeiten jetzt oft einen halben Tag an so einem Bettel, und dann verstehen sie's

und durch wen die Bostoner Generalversammlung der amerikanischen Brauergewerkschaft beschiedt werden solle, von welcher an die Deutschen Einladung ergangen war. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Es beteiligten sich an der Abstimmung nur etwa die Hälfte der arbeitenden Mitglieder. Für die obligatorische Einführung des Streikfonds stimmten 2510 Mitglieder, dagegen 1357. Für 10 Pf. Monatsbeitrag stimmten 1079, für 15 Pf. 28, für 20 Pf. 1131, für 25 Pf. 92, für 30 Pf. 72, für 40 Pf. 46, für 50 Pf. 37, für 100 Pf. 19 Mitglieder. Für die Beschiedung der Bostoner Generalversammlung stimmten 2937 Mitglieder. Der Verbandsvorsitzende Wiehle erhielt mit 1996 die meisten Stimmen.

Aus dem Aufrufenrevier wird gemeldet: In Osterfeld bei Oberhausen nahm eine von über tausend Bergleuten besuchte Versammlung Stellung zu der Maßregelung eines Arbeiters an der Beche „Osterfeld“. Dieser, zugleich Ausschussmitglied des christlichen Gewerksvereins, hatte an die Verwaltung genannte Beche das Ersuchen gerichtet, die verletzten Bergleute schonender zu behandeln. (!) Ob dieses Verbrechens erfolgte die Maßregelung. In der Versammlung äußerte A. Brust-Altenessen, Vorsitzender des Gewerksvereins: „Wenn die Verwaltung den Gemäßigten nicht wieder anlegen will, dann machen wir die Bude auf Osterfeld zu! Wenn man auf gütlichem Wege nicht wolle, dann müßte das letzte Mittel, der Kampf, der Ausstand, angewandt werden; und er hoffe, daß dann die Belegschaft Mann für Mann für ihren gemäßigten Kollegen eintreten werde.“ — Man sieht, der schriftliche Gewerksvereinsführer, der noch vor gar nicht langer Zeit entschieden gegen alle Streiks austrat, hat überraschend schnell seine Ansicht geändert, wozu allerdings das rigore Vorgehen der Grubenverwaltungen nicht wenig beigetragen haben mag.

Vom Hanauer Diamantenarbeiterstreik werden neue Machenschaften gegen die Streikenden bekannt. An den Vorsitzenden des Niederländischen Diamantenarbeiterbundes, von dem jede Woche Mk. 1000 Unterstützungsgelder eintreffen, sind aus Hanau drei Briefe eingetroffen, durch welche Mißtrauen gegen die Streikenden erweckt werden sollte, damit die Unterstützung in Zukunft verweigert wird. Diese Briefe sind mit dem Namen J. Schmitt unterschrieben. In Wahrheit aber ist die Unterschrift gefälscht und der Schreiber der Briefe, wie ein Gutachten eines bedeutenden Sachverständigen feststellt, ist ein Herr R., Geschäftsführer einer Firma in Kesselstadt.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Ueber einen eigenartigen Doppelselbstmord eines Liebespaars wird nachfolgendes mitgeteilt: Vor ungefähr zehn Tagen wurde im Grunewald bei Berlin, unweit der Station, die Leiche des 32jährigen Kaufmannes Solad aufgefunden, welcher sich mittels seines Revolvers erschossen hatte. Den Angehörigen des in guten Verhältnissen lebenden Mannes war die Veranlassung zu dieser That nicht bekannt. Erst jetzt haben sie Aufklärung über die Ursache zu dem Selbstmorde erhalten. Er hatte

erst nicht, unsere Kunden, oder sie thun wenigstens so, und da sie uns für Tröpfe halten, meinen sie, sie dürften uns übervorteilen, und wir müßten es uns gefallen lassen; kurz, wir sind im Nachtheil, weil wir ganz unwissend, aber unser Geschäft kann einen Aufschwung nehmen, oh, es könnte etwas ganz Besonderes werden, wenn wir Dich dafür gewinnen könnten: wir können Dich gebrauchen, Stefan, und darum möchten wir Dich bitten, daß Du Dich doch mit uns vereinigest.“

Mandl war aufgestanden und sah mit hoffnungsglänzenden Augen zu ihm herüber.

Er starrte sie an; was sie da sagte, es war ihm wie eine Offenbarung, es war ihm wie eine Erlösung. „Mandl“, rief er in bebender Freude, „Du glaubst an mich, Du meinst, daß ich zu verwenden sei, daß ich noch nützlich werden könnte, — und Du willst mir Brod und Arbeit geben?“

„Nicht ich allein, wir alle!“ Und ihr Entzücken hinter einem geschäftsmäßigen Wesen verbergend, fuhr sie fort: „D, wir alle sind der Meinung, daß es ein Vortheil für uns wäre, ein ganz unberechenbarer Vortheil, wenn Du Dich mit uns verbündest; es war' uns gar lieb, wenn wir Dich für immer gewinnen könnten, wir haben in den letzten Tagen viel davon gesprochen und wir sind alle damit einverstanden, wir, das heißt also, Kathrein, ich, der Sepp, der Anton und — unser neuer Geschäftstheilnehmer Hans Wachtler ist's nicht minder.“

„Hans — ist's möglich?“

„Ja, der gehört seit gestern zu uns und Du — seit heute, nicht wahr? Fragt sich's nur, ob Dir unsere Bedingungen passen.“

„D sie mir passen, Mandl!“

„Wir müssen vorderhand noch recht genüßig sein, wir haben bisher viel gearbeitet und wenig verdient, aber

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(110. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Es ist recht schade, Stefan, daß ich gar nichts davon verstehe, und die anderen auch nicht; ja, es ist recht traurig, daß wir bei dem Geschäft alle miteinander so schrecklich unwissend sind. Der Professor hat mir auch schon manchen guten Wink gegeben, er hat mir gesagt, ich solle bei den Blumen auf Veredelung sehen, und dann hat er auch etwas von künstlicher Zuchtwahl gesagt, aber ich weiß nicht recht, wie ich das noch anstellen soll.“

„Ja, das läßt sich nicht leicht erklären und ausführen, das erfordert das liebevollste Eingehen auf das Leben und die Eigenart jeder Pflanze, jahrelange Beobachtungen und häufige Versuche. Zur Pflanzkultur und einer erfolgreichen Züchtung gehören eben naturwissenschaftliche Kenntnisse.“

Mandl stieß nur einen leichten Seufzer aus, sonst sagte sie nichts. Sie vergrub ihr Gesicht noch tiefer unter ihren Blumen.

Eine Pause entstand. Da fragte plötzlich die Mandl in völlig verändertem Ton:

„Was geben sie Dir im Invalidenhaus?“

„Acht Kreuzer täglich.“

„Und davon sollst Du leben?“

„Ja, ich muß.“

„Und mußt auch arbeiten dafür?“

„Nicht viel, so was man im Hause braucht, waschen, plätten, flicken.“

„Das scheint mir keine angenehme Beschäftigung für Dich.“

„Die wird aber auch Niemand dort suchen, Mandl;

im vergangenen Jahre ein junges Mädchen kennen gelernt, welches als Kaffirerin in einem Detail-Geschäft thätig war. Das Mädchen, die 23jährige Martha Madl, welche aus Oesterreich stammt und deren Eltern in einem Vororte Wiens wohnen, lehrte Anfangs dieses Jahres auf Wunsch ihres Vaters nach Hause zurück. Die jungen Leute blieben zwar in brieflichem Verkehr, doch scheinen sich einer ehelichen Verbindung zwischen Weiden erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt zu haben. Vor einigen Tagen erhielt ein hier wohnender Bruder des S. von den Eltern der M. die Mittheilung, daß sich das Mädchen in der elterlichen Wohnung vergiftet habe. In einem zurückgelassenen Schreiben, welches dem Briefe ebenfalls beilag, erklärte Martha M., daß sie im Einverständniß mit ihrem Geliebten handele, welcher zur gleichen Stunde wie sie in Berlin sterben werde. Thatsächlich haben auch Beide an demselben Tage den gesuchten Tod gefunden.

Große Entrüstung hat in Wien das Verhalten eines Kriminal-Schupmanns hervorgerufen, der am Freitag Abend gegen 8 Uhr eine von einem Besuche ihrer Schwägerin heimkehrende unbescholtene junge Dame in der Straße Unter Fetztenhennen festhielt und unter Beihilfe zweier uniformirter Schutzleute nach dem Polizeipräsidium zertr. Die Dame flehte nach der „Wöln. Volksztg.“ den Beamten fortgesetzt an, sie doch nach ihrer nur einige hundert Schritte entfernt gelegenen Wohnung zu führen, wo die Eltern sie legitimiren würden, fand aber mit ihrer Bitte kein Gehör, selbst dann nicht, als sie unmittelbar an dem Hause ihrer Eltern vorbeigeführt wurde! Sogar die Bitten der Mutter, die inzwischen, von dem Vorfalle benachrichtigt, herbeigeeilt war, hatten nicht den mindesten Erfolg; sie wurde einfach bei Seite geschoben und das halb ohnmächtige Mädchen unter den verhöhnenden Bemerkungen der Menschenmenge weiter geschleppt. Erst dem entschiedenen Einschreiten des Vaters gelang es, auf dem Polizeipräsidium die Freilassung seiner Tochter zu erreichen. Derselbige Entrüstung muß namentlich die Weigerung des Beamten hervorrufen, das Mädchen behufs ihrer Legitimation zu den in unmittelbarer Nähe wohnenden Eltern zu geleiten. Es erscheint auf das Dringendste geboten, daß die vorgesetzte Behörde die ihr untergebenen Polizeiorgane nach dieser Richtung hin mit den strengsten Anweisungen versieht, damit ein unschuldig Verhafteter wenigstens nicht der Möglichkeit beraubt wird, den bedauerlichen Mißgriff eines übereifrigen Polizisten sofort zu korrigiren. Daß inzwischen der Polizeipräsident den Eltern der Dame und dieser selbst sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen hat, kann man als eine ausreichende Genugthuung in keiner Weise betrachten; eine solche kann nur in der strengen Bestrafung des Schuldigen wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt gefunden werden.

Hüter der Ordnung. Der „Ort. Bot.“ schreibt: „Ein Pferdehändler aus Offenburg wurde auf dem Bahnhofe von einem Straßburger Polizeibeamten, dem offenbar die Spize in den Kopf gestiegen war, ohne jede Veranlassung angefallen und mit Todtschellen bedroht. Ein Gensdarm intervenirte und beruhigte den Wüthenden, dessen Personalien er feststellte.“

Der tapfere Gensdarm. Im badischen Städtchen Dörrach wurde von dem Gensdarmen Leppert ohne Nothwendigkeit die Erinnerung an die Prüfweigerung wieder aufgefrischt. In der Nacht des 24. März d. J. um Mitternacht bekam der genannte Gensdarm in der Bahnhofrestauration Streit mit dem Geschäftsführer J. Wie die am 30. Juni stattgefundene Schöffengerichtsverhandlung, worin J. wegen Beleidigung des Leppert zu 60 Mk. Geldstrafe verurtheilt wurde, ergab, drohte der Gensdarm dem J. „Dann würde ich Sie prüfweigen und Ihnen meinen Patagan im

Leibe herum drehen!“ Der Amtsanwalt rügte (!) in der Schöffengerichtsitzung diesen provozirenden und gewiß ungehörigen Ausdruck des Beamten in einer öffentlichen Wirthschaft und wir sind gespannt, was das General-Kommando der Gensdarmrie in Karlsruhe, dem Anzeiger erstattet ist, dem Herrn L. noch sagen wird.

Wie man „Bagabund“ wird. Der „Wiener Extrablatt“ berichtet über folgende lehrreiche Gerichtsverhandlung: Vor dem Richter des Bezirksgerichts Favoriten in Wien stand ein Häufling, der trotz seiner fadenscheinigen Kleidung sofort aufst. Stock, Hose und Gürtel des Mannes waren vom Bahne der Zeit stark mitgenommen, aber Hemdbrust, Kragen und Manschetten strahlten in blendendem Weiß. Dazu trug er vornehme Manieren zur Schau und sprach ein korrektes Hochdeutsch. Die Anklage gegen ihn lautete auf Uebertretung des § 1 des Bagabundengesetzes, weil er nicht in der Lage war, sich vor der Polizei mit einem ständigen rechtmäßigen Verdienste auszuweisen. Der Mann heißt Carl Nida, ist 55 Jahre alt und bisher unbescholten. Richter: Was ist ihr Beruf? — Angekl.: Schreiber. — Richter: Was schreiben Sie? — Angekl.: Ich übernehme Gesuchs- und Offertenausfertigungen, womit ich mir ab und zu etwas verdiene. — Richter: Haben Sie Substanz gemacht? — Angekl.: Ich absolvirte die Realschule. — Richter: Welchem Berufe widmeten Sie sich dann? — Angekl.: Dann kam ich zum Militär, wo ich sechs Jahre diente. Als Feldwebel trat ich im Jahre 1866 aus dem Dienste. — Richter: Und nachher? — Angekl.: Dann gelang es mir, zur Kaschan-Oberberger Bahn als Kontrolbeamter zu kommen. — Richter: Welche Bezüge hatten Sie als solcher? — Angekl.: 1000 fl. Gehalt und 450 fl. Quartiergeh. — Richter: Weshalb blieben Sie nicht dort? Wurden Sie entlassen? — Angekl.: Nein, ich schied freiwillig aus dem Dienste. — Richter: Aus welchem Grunde? — Angekl.: Ich war unglücklich verheirathet und mußte mich von meiner Frau scheiden lassen. Das Gericht verurtheilte mich zur Zahlung derartig hoher Alimente, daß ich ruinirt gewesen wäre. Da zog ich es vor, meine Entlassung einzureichen. — Richter: Und was begannen Sie hierauf? — Angekl.: Ich sah mich durch längere Zeit nach einem anderen Berufe um. Wegen vorgerückten Alters konnte ich keine Beamtenstelle mehr erhalten und war froh, als Diurnist bei der mährisch-schlesischen Centralbahn unterzukommen. Ich blieb durch 8 Jahre in dieser Stellung. — Richter: Und dann? — Angekl.: Es gelang mir wieder, eine Beamtenstelle zu erlangen. Ich kam zur Eisenbahn Wien-Aspern und wurde Stationschef in der Station Erbach. Auf diesem Posten blieb ich fünf Vierteljahre. — Richter: Schieden Sie da freiwillig? — Angekl.: Nein, ich wurde entlassen. — Richter: Wie kam das? — Angekl.: Ein Verwandter von mir, der heute wegen unheilbaren Wahnsinns in einer Irrenanstalt internirt ist, verfolgte mich. Er mußte es durchsetzen, daß ich die Entlassung erhielt. Nun war ich wieder brotlos. — Richter: Dann? — Angekl.: Nach langem vergeblichem Suchen nach einer Stellung lernte ich eine Geschäftsfrau in Währing kennen. Ich trat mit ihr in Kompagnie und besorgte die Buchführung im Geschäfte. Es ging mir in dieser Stellung leidlich gut. Mein Unstern wollte es aber, daß die Frau im Jahre 1892 starb. Das Geschäft kam in fremde Hände, mich benötigte man nicht mehr. Ich war damals bereits 50 Jahre alt. Ueberall, wo ich anklopfte, wies man mich ab, es waren ja genügend junge Kräfte vorhanden. Es blieb mir nichts übrig, als mich nach einer Handlangerstelle umzusehen. Es gelang mir, im Arsenal eine solche zu erhalten. Als man erfuhr, daß ich etwas gelernt habe, zog man mich zu Multiplikations-Diensten heran. Da passirte mir das Unglück, einen Hülfсарbeiter irrtümlich als Lohnarbeiter im Buche einzutragen. Wegen dieses Fehlers wurde ich entlassen. Das war im Jahre 1894. — Richter: Und seit dieser Zeit? — Angekl.: Seither ist es mir nicht gelungen, eine ständige Arbeit

zu erhalten. Ich war schon zu alt. Nicht einmal auf einem Bau wollte man mich, da ich zur Verrichtung schwerer mannlicher Arbeiten unfähig bin, als Tagelöhner aufnehmen. — Richter: Und von was leben Sie seit Jahren? — Angekl.: Ich machte von einer verstorbenen Schwester eine Erbschaft von 536 Gulden. Dieses Geld reichte für längere Zeit. Dann bezog ich eine kleine Rente von 18 Gulden jährlich. Auch verdiene ich hier und da eine Kleinigkeit mit Schreibarbeiten. — Richter: Weshalb sahen Sie sich nicht nach was immer für Arbeit um? — Das that ich ja. Im Winter war ich Schneeschauer, im Sommer Straßenlehrer. Aber diese Arbeit war immer nur für kurze Zeit, zu einer festen Anstellung brachte ich es nicht. Ich lebe oft mit 5 Kr. den ganzen Tag. Ich würde gerne jede Arbeit annehmen, wenn ich sie bekäme. Aber mein Suchen ist leider bis jetzt erfolglos gewesen. — Nach durchgeführter Verhandlung wurde der Angeklagte der Bagabundage schuldig erkannt und unter Anwendung des außerordentlichen Widerstandsrechtes zu drei Tagen strengem Arrest, verschärft mit einem harten Lager verurtheilt.

Aus „besseren Kreisen“. Der Tuchfabrikant Heinrich Glanzel ist mit Hinterlassung bedeutender Schulden an Reichenberg i. B. sichtlich geworden. Die Aktiva sind unbedeutend, da Glanzel das vorhandene Baargeld mitgenommen hat. — Der in Neuwert (am Niederhein) seit einem Jahre praktizirende Arzt Dr. med. Ruy wurde wegen mehrerer Sittlichkeitsvergehen verhaftet. Er war Krankenkassenarzt in einer Spinnerei und Weberlei und soll sich als solcher der Vergehen schuldig gemacht haben.

Ein Streik der Spizel ist in Paris ausgebrochen, aber rasch beendet worden. Die Agenten der vierten Nachforschungs-Brigade, der hauptsächlich die Ueberwachung der Hotels garnis und heille politische Missionen obliegen, sind am Sonnabend in den Ausstand getreten. Sie erschienen, wie gewöhnlich, auf der Polizeipräfektur, verweigerten aber jede Dienstleistung. Hervorgerufen wurde der Ausstand durch die rohe Behandlung und die groben Schmähungen, die der Leiter dieser Brigade, der ehemalige Polizeikommissar Fouquet, den Agenten zu Theil werden läßt. Herr Fouquet war ehemals Polizeikommissar in der Pariser Banneile und mußte vor sechs Jahren seinen Abschied nehmen, weil er ein Dienstmädchen durch brutale Behandlung zum Geständniß eines von ihm gar nicht begangenen Diebstahls bringen wollte. Vor zwei Jahren wurde Fouquet wieder angestellt und verfeh seither mit dem Amte eines Unter-Bureauchefs die Leitung der vierten Brigade. Nachdem die Spizel eine halbe Stunde lang die „Arbeit“ eingestellt hatten, wurde ihnen von einem Oberpolizeier die Zusicherung gegeben, daß sie fernerhin nicht mehr so angeknauzt werden sollten, wie bisher. Darauf nahm die liebliche Sippchaft die gewohnte Beschäftigung des Schnüffels wieder auf.

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Kolomea wird der „Arb.-Ztg.“ berichtet: Der Heizer Krejci wurde noch nicht gefunden. Er dürfte unter der Lokomotive liegen. Diese ist bis heute noch im Wasser. Die Rettungsarbeiten werden skandalös geführt. Erst gestern entschloß man sich, 150 Mann vom Eisenbahn-Regiment zu requiriren. Wenn es sich um die Niederhaltung widerstandsfähiger Wähler handelt, tritt das Militär sofort in Aktion, wo es sich um wirklich nützliche Arbeit handelt, überlegt man die Geschichte tagelang. Die Bevölkerung ist über die ganze Eisenbahnverwaltung im höchsten Maße entrüstet. Es ist immer klarer, daß es Wahnsinn war, den Zug abzulassen. Die Brücke wurde seit Jahrzehnten nicht reparirt; es ist nicht wahr, daß sie mit Steinen untermauert war. Charakteristisch ist, was ein Reisender erzählte: Man unterschied die Ruhe der Unglücklichen nicht, denn auf den Dächern der Bauernhütten saßen ganze Familien und jammerten laut. Das ganze Dorf war nämlich seit einigen Stunden unter Wasser.

was hereinkommt, das wird getheilt, für alle zu gleichen Theilen, keiner soll einen Vorzug haben; geht's gut, dann haben wir allesamt gute Tage, geht's schlecht, dann heißt's eben auch gemeinschaftlich hungern. Willst Du's mit uns riskiren?“

Stefan war aufgestanden und der Mandl entgegen gegangen. „Mandl — Du — ihr — guten Menschen ihr habt mir zum zweiten Male das Leben gerettet! Und noch voll Reizbarkeit und zarter Empfindung, wie es bei einem kaum Genesenen wohl natürlich, auf Kummer vorbereitet, der Freude aber entwöhnt, fand sie ihn fassungslös, und die Thränen schossen ihm in die Augen.

Mandl wandte sich ab, sie wollte ihm nicht zeigen, wie nahe ihr selbst die Thränen waren; er sollte ihr selbige Entzücken nicht sehen, das diese Freudenthänen ihn verrathen würden; er hätte sich ihr zu sehr verpflichtet gefühlt, hätte er alles gewußt; ja, sie hatte ihn gerettet, sie allein, die lang verbreitete Absicht war gelungen, Mandl hatte dem Krüppel, dem von allen Verstoßenen, der sich selbst aufgab, einer fröhlichen, befriedigenden Thätigkeit entgegengeführt, sie hatte ihn dem Leben, dem Glücke wiedergewonnen, der Selbstachtung. „Ich schicke sie Dir herein“, rief sie, der Thüre zuwendend, „sie können es ja kaum erwarten, Dich als ihren Genossen zu begrüßen; wie froh werden sie sein, wie herzensfroh sind wir alle!

Sie schoß zur Thür hinaus, sie eilte dem Garten zu, so flink, so schnellfüßig, das Entzücken gab ihr Flügel; sie rief: „Sepp, Kathrein, Anton!“ Nein und voll wie Subelruf drang es aus der jungen Brust. Ja, die Mandl hatte eine gesunde Lunge, das hatte schon Ewald

bei der ersten Begegnung gesagt, aber sie hatte auch ein gesundes Herz.

Bald war Stefan von den Herbeigerufenen umringt, sie bezeugten ihm ihre Freude, sie drückten ihm die Hand — aber sie mußten wieder zur Arbeit, die Gärtnerei verlangt unausgesetzte Sorgsamkeit und die meisten Arbeiten dulden keinen Ausschub.

Erst nach dem Feierabend hatten sich alle Theilnehmer in dem Bibliothekzimmer zur Beratung versammelt. Stefan ruhte im Bette, aber der Ausdruck seines Gesichtes war voll Glückseligkeit und Lebendigkeit. Nach einigen Tagen der Schonung würde er als ein völlig Gesunder zu betrachten sein, das fühlte er, und er wollte dann sogleich in seinem neuen Wirkungskreise thätig sei. Auch Hans war von Höhenwang herübergekommen, um nicht mehr dahin zurückzukehren. Er hatte den Tag über alle diesbezügliche Dispositionen getroffen, und er fühlte sich jetzt frei; er hatte mit allem gebrochen, sich der beschämenden Abhängigkeit entrisen und er war nun ein selbstständiger Mann geworden, der sich mit seiner Hände Arbeit selbst ernähren konnte und wollte. Hans hatte über ein Vermögen von zweitausend Gulden zu verfügen, er brachte es der Genossenschaft zu. Es sollte zur Vergrößerung des Geschäftes, zum Bau von Glashäusern und zur Herbeischaffung von Arbeitsmaterial verwendet, und ihm nach und nach, ratenweise, von den Einnahmen zurückgezahlt werden. Alle Bedürfnisse sollten das erste Jahr gemeinsam bestritten werden, erst nach dieser Zeit würde, wenn sich nach allen Anschaffungen und Rückzahlungen ein Ueberschuß ergeben hätte, dieser getheilt und für das nächste Jahr ein Vorstand ernannt werden.

Alle, und auch die einfachsten unter ihnen, wie Kathrein und Anton, zeigten bei dieser Besprechung, bei all' den neuen Vereinbarungen und Feststellungen, die nun getroffen werden mußten, ein so richtiges Verständniß, so viel gegenseitige Sympathie, überhaupt so viel Sinn für ein gemeinsames Wirken, daß für die Zukunft des kleinen Gemeinwesens das Beste zu hoffen war. Es wurde beschlossen, das Hans nach Salzburg fahren sollte, um alle Nöthige, das der Aufschwung des Geschäftes bedingte, anzukaufen; sobald er zurückgekehrt, wollte er gemeinsam mit Stefan den neuen Anbau beziehen, den der Gemeinewirth vor einiger Zeit an seinem Hause hergestellt hatte und der bisher unbewohnt geblieben. Er bestand aus zwei Räumen, der eine sollte ihr gemeinschaftliches Wohn- und Schlafzimmer sein, der andere zu einer chemischen Küche und der Boden zur Trockenkammer hergerichtet werden.

Herzlich und wiederholt schüttelte man sich die Hände, als die kleine Gesellschaft sich an diesem Abend trennte. Sie alle waren in so glücklicher, gehobener Stimmung, jeder wollte in der Folge beweisen, daß er wohl werth war, dieser Vereinigung anzugehören, daß er würdig war, der Bruder, der Freund, der Genosse der übrigen zu sein. Jeder wollte arbeiten, schaffen, das Unternehmen fördern, soviel in seinen Kräften stand, das Interesse eines jeden einzelnen und das der Gesamtheit fiel zusammen. Einer für alle, alle für einen, hieß es, — das Unternehmen mußte gedeihen.

Stefan schlief ein an diesem Abend mit einem Lächeln auf den Lippen. Es war ein Ausdruck des sonnigsten Glückes, tiefinnerlichster Befriedigung.

(Fortsetzung folgt.)